

Text



Drucken



Schließen

Mautflucht: Man muss warten

Sollte die Laster-Maut für die Bundesstraße 93 kommen, sieht die Stadt zurzeit keine Möglichkeit, vorbeugend gegen Mautflüchtlinge vorzugehen.

VON TORSTEN KOHLSCHEIN

ZWICKAU – „Aus Rechtsgründen“ sieht die Stadtverwaltung zurzeit keine Handlungsmöglichkeiten, durch die eine mit Einführung der Mautpflicht auf der B 93 möglicherweise eintretende Verkehrsverlagerung in die Ortsteile Mosel, Schlunzig, Oberrothenbach und Crossen vermieden werden könnte. Das geht aus einer von Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD) eingereichten Informationsvorlage hervor, die den Zwickauer Stadträten bei ihrer heutigen Sitzung vorgelegt wird.

Hintergrund: Ende Juni hatte der Stadtrat auf Initiative der CDU-Fraktion die Stadtverwaltung beauftragt

alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um Anwohner in den fraglichen Stadtteilen von drohenden Beeinträchtigungen zu entlasten, die sich daraus ergeben können, dass Laster der Mautpflicht über das nachgelagerte Straßennetz ausweichen.



Ines Springer

CDU-Landtagsabgeordnete

FOTO: CDU

Im Juni war bekannt geworden, dass der Abschnitt der B 93 zwischen der Zwickauer Stadtgrenze und der Autobahnanschlussstelle Meerane zu den Bundesstraßen gehört, die laut einem beschlossenen Bundesgesetz künftig der Mautpflicht unterliegen sollen. Die praktische Umsetzung lässt allerdings bisher auf sich warten. Vor 2012, hieß es im Juli, passiere da nichts.

Um geeignete Maßnahmen einzuleiten, heißt es in der Vorlage,

komme es auf den tatsächlichen Nachweis erheblich veränderter Bedingungen infolge mautfluchtbedingter Verkehrsverlagerungen an. Und selbst wenn sich diese nachweisen ließen, so das Ordnungsamt, sei ausschließlich das am geringsten in die Rechte der Betroffenen eingreifende Mittel zum Befrieden des Verkehrs zulässig. Als Beispiel nennt das Ordnungsamt das Einführen von ganztägigen oder tageszeitabhängigen Tempolimits. Mehr als dies würde einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Auch wenn ihre Parteifreunde im Bundestag für die Bundesstraßen-Bemautung gestimmt haben, hält die Glauchauer CDU-Landtagsabgeordnete Ines Springer, zugleich als verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, weiterhin an ihrer kritischen Haltung zu dem Gesetzentwurf fest. Ebenso an der Absicht, eine Bundesratsinitiative für ein Gesetz anzustoßen, mit dem der Just-in-Time-Verkehr, also direkt auf die Produktionsprozesse abgestimmter Zulieferverkehr für die Autoindustrie, von der Maut befreit wird.

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Freie Presse
Zwickauer Zeitung
Donnerstag, den 24. November 2011
12

→ Impressum → Kontakt